

RAINER RILLING

# Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war

ZUM WAHLERGEBNIS VON NPD UND DVU BEI DEN LANDTAGSWAHLEN IM SEPTEMBER 2004

**Faschismus, Rechtsextremismus und die völkischen Richtungen sind keine rasch vorübergehende Erscheinungen, sondern ein Jahrhundertphänomen. Sie sind eine große und mächtige politische Grundströmung des entwickelten Kapitalismus – überall auf der Welt und gemeinsam mit den drei anderen bedeutsamen politischen Richtungen des Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Und ebenso wie diese verändert sich die Rechte – und bleibt sich aber auch gleich.**

Das gilt auch für den Rechtsextremismus in Deutschland und seine wichtigsten Parteien DVU und NPD. Viele Kommentare haben nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen an die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Jahr 1968 erinnert – damals erhielt die NPD 9,8 % der Stimmen und war Ende der sechziger Jahre insgesamt in sieben Landtagen mit 61 Abgeordneten vertreten. Was haben diese 9,8 % des Jahres 1968 mit den 9,2 % NPD-Stimmenanteil des Jahres 2004 zu tun?

## Das Potenzial ist kaum verändert

Die vorhandenen sozioempirischen Analysen aus den letzten vier Jahrzehnten zeigen: die Größenordnung des Potenzials, das sich in der Bundesrepublik Deutschland vom politischen Rechtsextremismus ansprechen lässt, hat sich nicht dramatisch verändert. Mit einem Plus oder Minus schwankt es zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung – ungeachtet beträchtlicher wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen in dieser Zeit. Wenig hat sich auch daran geändert, dass in ländlichen, klein- und mittelstädtischen Milieus sich der Rechtsextremismus leichter etablieren kann als im Großstadtmilieu. Hier bestätigt sich, dass wir es mit einer Grundströmung zu tun haben, die zuweilen sich politisch bewegt oder bewegen lässt und dann auch ihre Parteivertretungen hochbringt. Die Frage ist natürlich, wie mächtig ihre politischen Repräsentanten werden können und in welcher Situation dieser ohnehin schon große rechts mobilisierbare Bevölkerungsanteil »ausreißt« und dabei noch weit mehr Menschen mitziehen kann. Schon 1968 existierte somit als Milieu und Traditionsbestand eine breite völkische Kultur in der Bundesrepublik, die allerdings aber äußerst stark von ihrer Orientierung auf den deutschen Nazismus, seine Ideologie, Führer, Idole und »Leistungen« geprägt war.

## Damals: politischer Protest im Banne des Nationalsozialismus ...

Auch die Ende 1964 gegründete NPD stand als Parteiprojekt fast uneingeschränkt im Banne des Nazismus und entwickelte hieraus ihre Identität und Organisationskraft. Insofern war sie ein Nachkriegsprojekt, sozusagen postnazistisch. Ihre Führer, Kader, Mitglieder und ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft hatten hier ihren inneren Bezugspunkt – Ende 1967 hatten 35 % der Parteimitglieder der NSDAP oder einer späteren rechtsextremen Organisation angehört, »alte Kämpfer« und nicht Mitläufer, sondern NS-Aktivistinnen prägten die Politik und Ideologie der Partei. Programmatik und Publizistik, Staatsverständnis und Gesellschaftsbild knüpften hier an – und beließen es dabei. Eine Aktualisierung des faschistischen Projekts jenseits taktischer und formaljuristischer Sprachregelungen gab es nicht, die »neue Rechte« spielte für die NPD damals keine Rolle. Die Wähler kamen aus dem »alten Mittelstand«, viele Heimatvertriebene, auch Berufssoldaten, weit überwiegend (besonders ältere) Männer, nicht selten Akademiker (»gebildete Schichten«). Regionale Schwerpunkte spiegelten oft überlebensfähige faschistische Traditionen und lokale Organisationskulturen wieder. Der Aufschwung der NPD 1966-1969 stand in einem sehr engen Zusammenhang mit der Rezession 1967/8. Sie zerbrach die Stabilitätsgläubigkeit eines Teils der ländlichen und kleinstädtischen selbständigen Mittelschichten – er protestierte und fand sich kulturell wieder in dem, was er schon kannte. Das Wiedereinsetzen des Wirtschaftsaufschwungs – fehlinterpretiert als modernisierte Fortsetzung des »Wirtschaftswunders« –, eine massive Integrationspolitik der CDU / CSU nach rechts, starker politischer Widerstand und eine relativ dynamische und ausstrahlende sozialliberale und 68' er – »kulturrevolutionäre« Perspektivenöffnung nach dem Auslaufen des Adenauerstaates bis Mitte der 70er Jahre zog dem NPD-Projekt dann Grenzen. Aber als Parteiprojekt überdauerte es: eine respektable Leistung im System deutscher Kleinparteien.

## Heute: Durchbrüche ...

Zwischen der damaligen und der heutigen NPD und ihrem Begleitfeld des Rechtsextremismus Gleichheitszeichen zu setzen, verbietet sich weitgehend. Zu schwer wiegen die Durchbrüche und die neuen Ressourcen, die dort nun mobilisiert werden können. Gegenüber der Zeit von 68' ist der Rechtsextremismus als politische Kraft vielfach vorangekommen.

Zwar ist die NPD keine Sammlungspartei mehr, die in ihren damaligen Hochzeiten fast 30 000 Mitglieder organisierte. Doch dieser Aspekt wiegt wenig, denn: Führung, Kader, Mitgliedschaft und Aktivisten sind ausgewechselt und vor allem verjüngt. Wer heute hier Politik macht und sich hält, hat Ausichten in einer eigenen politischen Welt, in der nicht mehr um die beste Nazisimulation konkurriert wird, sondern die beginnt, ihre eigene bundesdeutsch-völkische Tradition zu schaffen. Dieser Bestand entstand und existiert hier und jetzt. Was dabei politisch, programmatisch und ideologisch an wesentlichen Kernbeständen aus der völkischen und faschistischen Tradition aufgenommen und kontinuieriert wurde (Rassismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Militarismus, Gewalt, Ausländerfeindlichkeit etc.) ist oft – aber sicher nicht durchweg – theoretisch modernisiert, politisch durchgearbeitet und verbal angepasst worden.

### ... und neue Ressourcen

Neben der neuen Struktur und heimischen Programmatik ist vor allem die Erschließung neuer Ressourcen wichtig. Da geht es erstens um die Ressource *Militanz und Gewalt*, nicht als Mimikry, als Simulation oder bloße Symbolik, sondern als hartes Medium realer Politik und enttabuisierte und normalisierte Lebenspraxis, die große Teile der Jugendgeneration der Nach-DDR in den 90ern prägte, die heute nun als »WahlbürgerIn« entschlossen oder beiläufig die NPD auf dem Stimmzettel ankreuzen und deren Tun ebenso die breite Entzivilisierung der Gesellschaft wie den Aufstieg der neoliberalen Kultur der Abwertung und Herabsetzung reflektiert.

Es geht weiter zweitens um die Ressource *Kultur*. Sie war 1968 – sieht man von peinsamen Nazi-Reminiszenzen ab – massenpolitisch nicht vorhanden. Heute dagegen gibt es ein ausstrahlungsfähiges Feld rechtsextremer Kultur, das sogar schon in die Jahre gekommen ist. Im Zentrum stehen immer wieder radikale Jugendkulturen – etwas, was 1968 nicht einmal in Ansätzen existierte. Wer damals als Rechtsextremer agierte, musste nicht nur gegen das eliten- und staatsoffizielle Beschweigen des Faschismus angehen, sondern sah sich auch mit einer in den 50ern kleinen, aber hartnäckigen, in den 60ern zunehmend erfinderischen, expliziten, sichtbaren und attraktiven antifaschistischen Praxis linker Kultur konfrontiert. Er stand meist auf verlorenem Posten. Heute kennt er den Geschmack lokaler kultureller Hegemonie vom Design des Alltags bis zur Kulturtechnik gewalttätiger politischer Konfrontation.

Endlich erschließt sich drittens der Rechtsextremismus nun neu und weitaus flächendeckender als bisher die Ressource *politische Macht und Öffentlichkeit*. Die Wahlergebnisse signalisieren: das bürgerliche Lager schrumpft. Gewinne sind möglich, gerade für Protest pur. Die Repräsentanzlücke wächst. Wer und was also sollten den organisationsübergreifenden völkischen Rechtsextremismus fernhalten vom Bundestag? Jeder dritte oder vierte Erst-, oder Jungwähler (aber auch die Gruppe der 16-17jährigen) hat kein Problem, NPD bzw. DVU zu wählen, und findet es selbstverständlich, attraktiv – und wird dabei bleiben. Eine eigene politische Generation ist entstanden, für welche die faschistische Wahl völlig enttabuisiert ist. Der Grund liegt auf der Hand: es geht nicht

mehr, wie 1968, um eine Wirtschaftskrise en miniature, sondern um eine tief aussichtslose Depressionslage, die nicht nur für sie keine Zukunft hat. Der Rechtsextremismus zehrt von einem breiten Umfeld der Resignation und Verzweiflung, des Ausschlusses und Verlassenheit, des Abschreibens und der Abwertung, der Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz. Sozial mischt sich da das Unten und die Mitte, regional konzentrieren sich Kader und Militanz in den größeren Städten. Ohne Zweifel ist in Sachsen, aber auch in Brandenburg nur durch die wahlpolitische Alternative PDS und ihre politische Einbettung in die Sozialproteste 2004 eine wahlpolitische Machtexplosion der radikalen Rechten verhindert worden. Denn das bürgerliche Lager hat großenteils nicht nur durch seine konsensuale Hartz-IV-»Ausschluss- und Armutspolitik« und seine radikale neoliberale Wirtschaftspolitik den aktuellen Protest hervorgebracht und politisch provoziert, sondern hat auch seine parteipolitische Dynamik auf der Rechten ignoriert, klammheimlich geduldet oder gar durch die Identifizierung der PDS und der NPD (»extreme Ränder«) aktiv unterstützt.

**Diese Rechte ist nicht mehr, was sie einst war. Im professionellen Politikgeschäft der Republik kann sie noch wenig mitmischen. Noch ist sie keine stabile Bewegung im nationalen Maßstab – aber sie ist national attraktiv geworden und hat ganz neue Möglichkeiten. Das ist nun ganz neu auf jede Tagesordnung zu setzen.**

**Stimmen:** Die DVU erhält in Brandenburg 75 000 Stimmen (6,1 %), die NPD in Sachsen 191 000. Die DVU gewann je 5 000 Stimmen von der CDU und dem Nichtwählerbereich, die NPD gewann 39 000 Stimmen von der CDU, 10000 von der PDS und 65 000 aus dem Nichtwählerbereich. Bei den Europawahlen (Juni 2004) steigerte sich die NPD gegenüber 1999 von 0,4 % (107.662) auf 0,9% (241.678 Stimmen). Bei der Landtagswahl im September 2004 im Saarland erhielt die NPD »aus dem Stand« 4 % (17 590 Stimmen), bei den Kommunalwahlen in NRW nahmen Repts, DVU und NPD um 0,4 % auf 0,9 % zu.

**Beruf:** Bei arbeitslosen Wählern erreicht die DVU 13 %, die NPD 18 %, bei den Arbeitern sind es 10 % bzw. 14 %. Im Saarland erreichte die NPD bei den Arbeitern 9 % und den Arbeitslosen 12 %.

**Alter:** Bei den 18-29jährigen erreicht die DVU 14 %, die NPD 18 %. Im Saarland erhielt die NPD in dieser Altersgruppe 9 %. 15 % der Erstwähler votierten für die DVU und 20 % für die NPD (im Saarland 13 %).

**Bildung:** Bei der Bildungsgruppe »Mittlere Reife« erreicht die NPD 14 %, (Männer: 26 %).

**Geschlecht:** 12 % der Männer, aber nur 6 % der Frauen wählten die NPD.

**Issue:** für 50 % der DVU-Wähler und 76 % der NPD-Wähler (alle: 50 %) war Hartz »wahlentscheidend«; 84 % der NPD- und 83 % der DVU-Anhänger hält die Hartz-Politik für falsch (Landesschnitt: 59 %). 38 % der NPD-Wähler nennen auch die Ausländerpolitik. Jeder fünfte Brandenburger hält die DVU »für eine demokratische Partei wie jede andere«.

### Literatur:

www.forschungsgruppe.de; [http://www.statistik.saarland.de/wahlen\\_12249.htm](http://www.statistik.saarland.de/wahlen_12249.htm); <http://stat.tagesschau.de/>; [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de); <http://www.wahlen.lids.nrw.de/kommunalwahlen/2004/index.html>; <http://lt2004.wahlen.brandenburg.de/lt2004/>; TAZ 21.9.2004; Tagesspiegel 21.9.2004; R.Kühl, R. Rilling, Ch.Sager: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt 1969; Reinhard Opitz: Liberalismus, Faschismus, Integration. 3. Bde., Marburg 1999.

Prof. Rainer Rilling, Soziologe an der Universität Marburg, ist wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung.

Kontakt: Web: [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de);

Mail: [rilling@rosalux.de](mailto:rilling@rosalux.de)